

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Sechshundvierzigste Sitzung vom 9. Februar.

Präsident v. Jordanbeck eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Am Ministertische Graf Ikenplig und mehrere Regierungs-Kommissare.

Der Präsident des Herrenhauses übersendet den Gesetzentwurf, betreffend die Dotationsfonds der acht älteren Provinzen mit der Bemerkung, daß das Herrenhaus die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses abgeändert und die Fassung der Regierungs-Vorlage wieder hergestellt habe. Der Gesetzentwurf soll durch Schlußberatung erledigt werden. Die Ernennung des Referenten befallt der Präsident sich vor.

Der Handelsminister überreicht Namens des erkrankten Ministers des Innern die königliche Ordre, durch welche der Gesetzentwurf, betreffend die anderweitige Feststellung der Wahlbezirke, aus den Beratungen des Landtages zurückgezogen wird.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung des Berichts der vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen über den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der verfallenen Kaution für das Köln-Söester Eisenbahn-Unternehmen.

Es handelt sich, wie wir noch einmal erwähnen, darum: 1) der bergisch-märkischen Eisenbahn-Gesellschaft zum Zweck der Herstellung einer Eisenbahn von Hagen nach Brügge bei Lüdenscheid, die von der vormaligen Köln-Söester Eisenbahn-Gesellschaft zur Sicherung des Zustandekommens des von ihr projektirten Unternehmens bestellte und seit dem 15. September 1865 dem Staate verfallene Kaution von 500,000 Thlrn. nebst den inzwischen aufgelaufenen Zinsen mit Ausschluß von 40,000 Thalern und 2) der Stadt Minden die vorgedachten 40,000 Thlr. als einen Beitrag zu den Grunderwerbskosten für eine Verbindungsbahn von Minden nach Freudenberg zu Eigentum zu überweisen.

Die Kommission beantragt Genehmigung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes und Abg. v. Bonin (Genthin) empfiehlt in der fortgesetzten Diskussion den Kommissionsantrag, damit durch Eingebung der Kaution einmal ein heilsamer Schreck den Eisenbahnschwindeln vermindere.

Abg. Berger (Witten) kritisiert die Bauweise der bergisch-märkischen Gesellschaft, die stets mit den Endpunkten anzufangen pflege, und spricht sich gegen diese Verwendung der Kaution aus.

Der Regier.-Komm. Affessor Fröhlich weist darauf hin, daß die Grundlage für die Verwendung der Kaution in dem Kautionvertrage vorgeschrieben sei und hiernach solle dieselbe im Interesse der Köln-Söester Linie oder der durch diese berührten Landestheile verwendet werden. Die vorgeschlagene Linie entspreche diesen Bestimmungen. Der Bau der hier empfohlenen Bahn Siegburg-Witten sei zu kostspielig und die Staatsregierung habe die Ueberzeugung, daß diese Bahn nicht zu Stande kommen werde. Die von der bergisch-märkischen Bahn zu erbauende Linie sei sehr nützlich und empfehle er deshalb die Annahme der Regierungs-Vorlage.

Abg. Becker spricht für die Annahme der Vorlage. Er tadelt, daß die Staatsregierung der bergisch-märkischen Gesellschaft vielfach Privilegien erteilt habe, die andern Unternehmern eine Konkurrenz gradezu unmöglich machen. Da die Sache aber einmal so liege, und da, wenn die bergisch-märkische Gesellschaft nicht baue, überhaupt gar nicht gebaut werde, so stimme er gegen seinen Wunsch und gegen seine Neigung für den Gesetzentwurf.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

Nachdem der Referent Abg. Hammacher die Vorlage ebenfalls empfohlen, spricht in der Spezial-Diskussion über den einzigen Paragraphen der Abg. Löwe: Er habe die Absicht und der von ihm gestellte Antrag auf Ablehnung der Vorlage und Ueberweisung der Petition der London-County-Bank an die Staatsregierung zur Berücksichtigung solle dazu dienen, daß heute noch kein Beschluß gefaßt werde, daß das Haus, wie die Staatsregierung noch einmal Zeit haben solle, die Sache zu überlegen und neue Verhandlungen vorzunehmen. Da mögen die Rechtsverhältnisse noch einmal geprüft werden. In der Kommission sei schon auf die Konnertheit dieser Vorlage mit andern Eisenbahn-Vorlagen hingewiesen. Es sei nicht ein Interesse gegen die bergisch-märkische Gesellschaft, welches ihn leite, sondern er wolle die Aufmerksamkeit des Hauses nur auf die Staaten im Staate richten.

Handelsminister Graf Ikenplig: Mit einem Streite über Prinzipien werde die Bahn nicht fertig; sage das Haus aber heute ja, so werde die Bahn gebaut. Deshalb wünsche er auch, daß man hier nicht des Prinzips willen die Sache aufhalten möge. Die Macht der bergisch-märkischen Gesellschaft werde durch diese Bahn nicht vermehrt.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf mit sehr großer Majorität angenommen.

Der Finanzminister v. d. Heydt überreicht einen Gesetzentwurf, betreffend die gesetzliche Regelung der Ausgabe von Talons zu den preussischen Staatsschuldscheinen. Bis zum Jahre 1859 wurden die Zinscoupons nur ausgegeben gegen Vorzeigung der Staatsschuldverschreibungen. Dieses Verfahren war für die Verwaltung mit großen Inkonvenienzen verknüpft und es wurde von da ab die Ausgabe von Talons in den Staatsschuldverschreibungen vorgezogen. Seitdem sind wiederholt neue Serien von Zinscoupons in gleicher Weise ausgegeben und die Staatsschulden-Verwaltung hat darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfehlen möchte, dieses Verfahren gesetzlich zu sanktionieren — der Zweck des vorgelegten Gesetzentwurfes. — Derselbe soll durch Schlußberatung erledigt werden und der Präsident ernimmt zum Referenten den Abg. v. Bonin (Genthin).

Zu Referenten über den Gesetzentwurf, betreffend die Dotation der Hülfsklassen der acht älteren Provinzen der Monarchie, ernimmt der Präsident die Abgg. von Brauchitsch (Klatow) und Twesten.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung der Interpellation des Abg. Braun (Hersfeld), dahin lautend:

„Im hiesigen Kommunal-Landtage habe ich in Gemeinschaft mit dem Abg. Weigel und Genossen einen Antrag auf Abstellung einiger im Bezirke des Appellationsgerichts Kassel hervorgetretenen Mängel im Civilprozeßverfahren, sowie auf Herabsetzung der Gerichtskosten und Stempel gestellt. Dieser Antrag ist vom Kommunal-Landtage mit Einstimmigkeit angenommen worden.

Ich erlaube mir nun an den Herrn Justizminister die Anfrage zu richten, ob Aussicht vorhanden, daß noch in dieser Session dem Landtage eine betreffende Vorlage gemacht werden wird.“

Der Handelsminister Graf Ikenplig erklärt, daß er auf Ersuchen des durch Untergeschäfte verbundenen Justizministers bereit sei, die Interpellation sofort zu beantworten, und nachdem der Abg. Braun (Hersfeld) die Interpellation mit wenigen Worten begründet, erklärt der Handelsminister: Auf die Frage der Interpellation habe ich im Namen der Staatsregierung zu antworten: Ja! (Große Heiterkeit!) Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die Abstimmung über die Städteordnung für Schleswig-Holstein: Der Gesetzentwurf wird im Ganzen angenommen, ebenso die bereits mitgetheilte Resolution des Abg. Böhmer und Genossen wegen Beseitigung der Exemtionen der Hinterbliebenen der Staatsdiener von den Kommunalkosten.

Vierter Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Schlußberatung des Gesetzentwurfes, betreffend die fernere Geltung der Verordnung vom 30. Mai 1849 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in den neuen Landestheilen.

Der Regierungs-Kommissar Graf zu Eulenburg erklärt, daß die Staatsregierung ihre Bedenken gegen die Beschlüsse der Vorberatungen zu diesem Hause fallen lasse, und der Gesetzentwurf wird nach kurzer Diskussion in der in der Vorberatung beschlossenen Fassung definitiv angenommen.

Der fünfte Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in das Gebiet der Herzogthümer Schleswig und Holstein. Die Kommission — Berichterstatter Abg. Hammacher — hat den Gesetzentwurf nur in einigen Punkten abgeändert und der Handelsminister erklärt sich mit diesen Abänderungen einverstanden.

Abg. Karsten hat ein Amendement gestellt, welches in einem neuen Art. II. die Mineralien namentlich bezeichnet, welche von dem Verfügungsrechte des Grundeigentümers ausgeschlossen sein sollen. — Das Amendement wird vom Ministertische bekämpft und vom Hause mit großer Majorität abgelehnt. — Der Gesetzentwurf wird nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Sechster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der verstärkten Unterrichts-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der letzten Bestimmung des Art. 25 der Verfassungs-Urkunde: In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Paur) empfiehlt die Aufhebung des Gesetzes.

Abg. v. Hennig und v. Puttkammer beantragen: „Die Beschlußfassung über den Bericht auszuschieben, bis der Bericht derselben Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung und Unterhaltung der Volksschulen, erstattet sein wird.“

Der Berichterstatter Abg. Paur leitet die General-Debatte zunächst durch einen geschichtlichen Rückblick auf die bisherigen Bestrebungen und Verhandlungen zur Ausführung der Verfassungs-Bestimmungen über den Volksschulen-Unterricht ein. Die Vorlage verlangt die Aufhebung des Artikels 25 der Verfassungs-Urkunde

und der nächste Anlaß zu dieser Vorlage liegt in den Beschlüssen der Kommission des Herrenhauses. Die Mehrheit der Kommission und mit ihr die Staatsregierung war der Ansicht, daß es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um eine Präjudizfrage handle, welche vor Erledigung der übrigen von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwürfe entschieden werden müsse. Die Mehrheit der Kommission entschied sich für die Verwerfung des Gesetzentwurfes, weil einmal der Artikel 25 der Verfassung für ausführbar erachtet und weil ferner die Unausführbarkeit desselben nicht nachzuweisen sei. Unter der außerordentlich großen Menge der zu diesem Gegenstande eingegangenen Petitionen haben sich nur Magistrat und Stadtverordnete zu Stettin für die Vorlagen erklärt; dies ist auch ein Beweis gegen die Unausführbarkeit. Und sind denn die Schöpfer unserer Verfassung so leichtfertig gewesen, den Artikel ohne Weiteres so zu fassen? Soll das Haus unprovocirt durch eine brennende Veranlassung einen Bestandtheil unserer Verfassung aufgeben? Sollen wir heute eine Revision vornehmen? Ich glaube nicht. Es gäbe wohl Artikel, welche auszumergen wären, aber ich denke, lassen wir unsere Verfassung, wie sie ist, mit ihren Mängeln und mit ihren Vorzügen.

Es melden sich zur General-Diskussion 14 Redner für und 9 Redner gegen den Kommissionsantrag.

Abg. v. Hennig: Ich bedaure, daß der Abg. v. Gerlach nicht mehr im Hause ist. Derselbe erklärte, daß er für jede Verfassungs-Abänderung stimmen werde, schon aus dem Grunde, daß der wichtigste Artikel der Verfassung 107 recht oft zur Anwendung komme. Diese Rolle hat jetzt der Herr Kultusminister übernommen. Ich weiß nicht, warum der Herr Minister darauf dringt, daß wir in die Verhandlung dieser Vorlage noch eintreten, obwohl wir wissen, daß die Sache nicht zur Erledigung kommen kann. Der Minister wird niemals hoffen können, daß er die Majorität in diesem Hause auf seiner Seite hat. (Dro!) Weshalb sollen wir die Gesetze beraten? Weshalb sollen wir ein Loch in die Verfassung machen? wenn wir noch nicht wissen, was an dessen Stelle kommt. Das sollte man uns nicht zumuthen. Ich bin ein Gegner der Verfassungsänderung überhaupt. — Bei der Beratung des Etats erklärte der Herr Minister, daß er nicht im Stande sei, Gesetze vorzulegen, welche die Zustimmung des Landtages erhalten würden; er befindet sich also außer Stande, den Verfassungsartikel auszuführen. Weshalb sollen wir ihm nun den Artikel aufheben? Diese Verfassungsbestimmung ist ein vernünftiger und nothwendiger Ausgleich, welcher zusammenhängt mit jeder Besteuerungspflicht. Das Haus ist nicht da, um Doktorfragen zu lösen. Wir dürfen nur dann Hand an die Verfassung legen, wenn wir von der Nothwendigkeit überzeugt sind. Ich empfehle den von mir gestellten Antrag.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

□ Berlin, 9. Februar. Es wird jetzt selbst in französischen Blättern gerüht, welcher großer Schwindel mit den Nachrichten, die Preußen betreffen, getrieben wird. Der „Estandard“ sagt in seiner neuesten Nummer vom 7. d., daß das System der Nachrichten-Fälschung in Bezug auf die preussische Regierung fortwährend in vollster Blüthe stehe und daß er nicht begreifen könne, wie sich ernste Organe zum Echo so absurder Fabeln, wie die folgende sei, machen können. Der „Estandard“ zitiert dann eine Mittheilung des in Dresden erscheinenden „Bulletin international“, nach welcher vor einigen Tagen in Berlin ein Kabinettsconseil unter dem Vorsitz des Königs und im Beisein mehrerer Generale stattgefunden habe, worin der Beschluß gefaßt worden sei, die Besatzungen in Mainz und in den rheinischen Festungen zu verstärken. Schon seien starke Truppenabtheilungen dorthin dirigirt und in preussischen militärischen Kreisen halte man den Ausbruch des Krieges am Rhein für unvermeidlich. Es ist mit Befriedigung aufzunehmen, daß jetzt selbst französische Organe sich finden, die ihr Publikum vor dem argen Betrage warnen, durch welchen die öffentliche Meinung Europas schon seit längerer Zeit systematisch beunruhigt wird. — Von Seiten des Bundesraths sollte bekanntlich eine Kommission niedergesetzt worden, die mit der Aussicht über diejenigen höhern Schulanstalten des norddeutschen Bundes betraut werden sollte, welche die Berechtigung haben, Qualifikationszeugnisse für den freiwilligen einjährigen Militärdienst auszustellen. Die Bildung dieser Kommission ist jetzt erfolgt und zwar durch Berufung eines preussischen, eines sächsischen und eines Großherzoglich hesstischen Mitgliedes in dieselbe. Zum preussischen Mitgliede ist der Geh. Ober-Reg.-Rath Wiese ernannt, der den Vorsitz in der Kommission führen wird. — Der Zustand des Ministers Grafen Eulenburg hat sich weder verbessert noch verschlimmert, doch hegt man die Hoffnung, daß er in einigen Tagen wieder hergestellt sein wird und daß er dann auch den Vorsitz bei den in dieser Woche beginnenden Besprechungen mit Vertrauensmännern über die neue Kreisordnung selbst übernehmen kann. — Die

Frankfurter Blätter haben der offiziellen Presse den Vorwurf gemacht, daß sie über das Gutachten des Kronsyndikats in der Frankfurter Angelegenheit falsche Nachrichten verbreitet und daselbe als für Frankfurt günstig lautend dargestellt habe. Die Sachen liegen indessen nicht so. Die Behauptung, daß das Gutachten für Frankfurt günstig laute, ist vielmehr von Frankfurter Blättern ausgegangen, die, so viel wir wissen, offiziöse Mittheilungen nicht erhalten, und die offiziöse Presse gerade hat diese Behauptung in Zweifel gezogen und zur Vorsicht in Betreff derselben ermahnt. — Das Kuratorium des „Staatsanzeigers“ hat die Herausgabe einer „Chronik des preussischen Staates und des norddeutschen Bundes für das Jahr 1868“ befohlen, die eine sehr schätzbare chronologische Uebersicht in Betreff der Gesetzgebung und aller historisch wichtigen Vorgänge und Personalien enthält. Die Chronik wird namentlich allen Zeitungs-Redaktionen und Zeitungslesern von großem Nutzen sein.

Berlin, 10. Februar. Se. Maj. der König wohnte am Montage mit den hohen Herrschaften der Vorstellung im Opernhause bei und verweilte alsdann bis 2 Uhr früh auf dem Ballfeste im Palais des Prinzen Albrecht. Die Königin hatte sich eine Stunde früher zurückgezogen. Der Ball erreichte erst nach 4 Uhr sein Ende. — Der König nahm gestern Vormittags die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Püchler und Verponcher, des Vizepräsidenten v. Burm, des Chefs des Militär-Kabinetts v. Trescow u. entgegen und empfing alsdann Nachmittags die beiden als Deputation aus Hamburg hier eingetroffenen Herren Schröder. Um ½ 3 Uhr hatte der Fürst von Montenegro im Königl. Palais Audienz und nach einer Ausfahrt arbeitete der König mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck, welcher vorher eine Staatsministerial-Sitzung abgehalten hatte. — Zu dem Balle, welcher Abends im Weißen Saale des hiesigen Schlosses stattfand, waren nachträglich noch so viele Einladungen ergangen, daß die Zahl der Gäste sich auf etwa 1600 belief. Die Ballmusik wurde vom Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde Grenadier-Regiments ausgeführt.

— Der Kronprinz empfing gestern mit den übrigen Prinzen den Fürsten von Montenegro und den Flügel-Adjutanten des Kaisers Alexander von Rußland, Oberst Fürst Dolgorucki, die auch zum Balle im Kgl. Schlosse Einladung erhalten hatten. — Bei dem Diner im Kronprinzl. Palais erschienen der Erbprinz und die Erbprinzessin Leopold von Hohenzollern.

Dresden, 9. Februar. In der katholischen Hofkirche hat gestern Vormittag ein Trauergottesdienst für die am 8. Febr. vorigen Jahres verstorbene Frau Baronin von Fortb-Rouen, der Gemahlin des früheren hiesigen französischen Gesandten, stattgefunden, welchem auch die Kronprinzessin und die Prinzessin Amalie beiwohnten. Unter den sehr zahlreichen, den höchsten Gesellschaftskreisen angehörenden Theilnehmern an dieser Trauerfeierlichkeit befanden sich außer dem noch hier weilenden Gemahl der Verewigten fast das gesammte diplomatische Korps, die Herren Staatsminister und die obersten Hofchargen.

— Wie seiner Zeit berichtet worden ist, war wegen der in einer Leipziger Volksversammlung beschlossenen Adresse der sächsischen Demokraten an das spanische Volk gegen die Herren Belal und Liebknecht Untersuchung eingeleitet und auch dann noch fortgesetzt worden, nachdem der eine Anklagepunkt, Beleidigung des Kaisers der Franzosen, auf ausdrücklichen Wunsch der französischen Regierung fallen gelassen war. Vor einigen Tagen ist das erste Erkenntniß in dieser Sache ergangen und sind die Genannten wegen Verbreitung staatsgefährlicher, resp. republikanischer Lehren zu 3 Wochen, außerdem noch der Buchdrucker Thiele, der die Adresse nach dem „Demokratischen Wochenblatt“ in seinem „Connewitzer Wochenblatt“ nachgedruckt hatte, zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Verurtheilten haben indeß Berufung eingelegt, so daß die Sache zur öffentlichen Verhandlung kommt. — Ein anderer Prozeß gegen Liebknecht, der wegen Beleidigung des Herzogs von Koburg (von der Langensalzaer Schlacht her) anhängig war, ist eingestellt, nachdem der Herzog auf Anfrage der sächsischen Regierung erklärte, daß er denselben nicht fortgeführt zu sehen wünsche.

Preußen.

Brüssel, 7. Februar. (N.-Z.) Unsere heitere und elegante Stadt hat seit einiger Zeit eine recht trübe und bängliche Physiognomie. Die meisten Straßen sind an vielen Stellen mit einer dichten Lage Stroh bestreut, von allen Seiten hört man fast fortwährend die schwersten Kirchenglocken summen; häufiger als je begegnet man langen Leichenzügen; in der Unterhaltung der Spaziergänger auf den Boulevards kann man beim Begegnen oder Vorübergehen meistens ein Wort oder das andere unterscheiden, das sich auf Krankheit oder einen Trauerfall bezieht. Obgleich man sich scheint das Wort gegeben zu haben, öffentlich oder offiziell der Sache so wenig als möglich zu erwähnen, so ist es doch sicher, daß die „herrschende Krankheit“ alle Ge-

anken und Gemüther beschäftigt und auf Schritt und Tritt sich der Beachtung aufdrängt. Die „herrschende Krankheit“ ist — mag man sie nun auch euphemistisch zuerst ein „gastroisches Fieber, dann Schleimfieber, dann fievre typhoide nennen — am Ende der Typhus. Ich habe im Jahre 1866 von der Cholera, die doch mit großer Intensität hier wüthete, nicht halb so viel gemerkt, als jetzt von der „herrschenden Krankheit“, wie man übereingekommen ist, das Uebel zu benennen. Das kommt aber wohl daher, daß jene hauptsächlich in den unteren Stadttheilen und unter der ärmern Volksklasse ihre Opfer suchte, die dann in aller Stille und ohne viele Umstände begraben wurden; diesmal dagegen sind es die schönsten und bestgelegenen Quartiere der Neustadt, die vornehmen und wohlhabenden Klassen der Gesellschaft, die vorzüglich heimgesucht werden. So ist es natürlich, daß jeder einzelne Fall mehr Aufsehen macht und der Gesamteindruck größer ist. Sonst ist die wirkliche Zahl der Krankheits- und besonders der Todesfälle am Ende gar nicht zu vergleichen mit der aus der Cholerazeit des Jahres 1866. Zudem ist seit einigen Tagen eine entschiedene Besserung eingetreten, indem viel weniger — in der That sehr wenige — neue Krankheitsfälle vorgekommen und die zuletzt eingetretenen einen gelinderen Charakter annehmen. Eine wesentliche Abnahme der Krankenanzahl wird dagegen wohl noch nicht so bald zu konstatiren sein, da die Krankheit sehr langwierig und die Wiederherstellung außerordentlich langsam ist. Das Volk nennt die Seuche: „la maladie des Aristos“; also nicht Epi-Demie, sondern Epi-Aristie.

London, 7. Februar. Am 15. August 1871 ist der hundertjährige Geburtstag Walter Scott's. Es werden in England bereits Anstrengungen gemacht, eine würdige Gedächtnisfeier zu veranstalten.

Bukarest, 9. Februar. Die Interpellation, betreffend die Reaktivierung des Generals Macedonski, rief eine heftige Debatte hervor. Von Seiten der extremen Partei war der Antrag eingebracht, die Reaktivierung des Generals für ungesetzlich zu erklären. Der Ministerpräsident beantwortete die Interpellation und bezeichnete Joan Bratiano und die extreme Partei als die eigentlichen Feinde des Vaterlandes. Durch diese Vorgänge ist die Stellung des Ministeriums eine sehr schwierige geworden. Man bezeichnet den Rücktritt des Ministeriums oder die Auflösung der Kammer als unvermeidlich. Das Letztere hat jedoch dem Vernehmen nach mehr Wahrscheinlichkeit.

Stettin, 10. Februar. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung referirte Herr Georg Schulz zunächst über einen Seiten der königlichen Regierung zum §. 47 der Baupolizeiordnung für Stettin verlangten Zusatz dahin gehend: „daß bis zum 1. Jan. 1873 alle nicht massiven Vorbauten, als Kellerhölse, Freitreppen, Thorwege, Böden und Fensterläden, welche letzteren nach außen aufschlagen, beseitigt werden müssen.“ Der Magistrat ist hiermit nicht einverstanden, er will vielmehr die Beseitigung der in Rede stehenden Verkehrshindernisse der Zeit und dem Zufall überlassen, indem die Stadt sonst zur Zahlung bedeutender Entschädigungen genöthigt werden würde. Die Regierung theilt indessen Inhalts eines längeren Reskripts die Ansicht von der Nothwendigkeit einer Entschädigung nicht, hält vielmehr eine derartige Eigenthumsbeschränkung für entschieden gerechtfertigt. Die Polizeidirektion ist ebenfalls anderer Ansicht als die Regierung. Die Herren Schmidt, Welher und Höpfner sprachen sich für die Ansicht des Magistrats aus, wogegen Herr Dr. Wolff in längerem Vortrage nachzuweisen versuchte, daß die Hausbesitzer in Rücksicht auf die von ihnen in jeder Beziehung erstrebten Steigerung der Verkehrsverhältnisse, durch welche sie Vortheile genießen, in diesem ihrem eigenen Interesse auch Opfer bringen müßten. Er erachte es übrigens auch nicht für ein so großes Unglück, wenn die Stadt für die Beseitigung der au. Vorbauten vielleicht nicht unbedeutende Entschädigungen zahlen müsse. Herr Justizrath Pischky bemerkt, die Frage sei nur, ob überhaupt entschädigt werden müsse, die er bejahen zu müssen glaube. Herr Stadtbaurath Hübner erwidert gegen Herrn Dr. Wolff: Man würde ganz unzweifelhaft erheblich höhere Summen als Entschädigung zahlen müssen, wenn ein bestimmter Termin für die Beseitigung der Vorbauten festgesetzt werde, als wenn man das Entgegenkommen der Hausbesitzer abwarten könne, worauf Herr Dr. Wolff erwidert, daß er einen Zwang wohl für gerechtfertigt halte. Herr Dr. Zacharia theilt entschieden die Ansicht des Magistrats. Bei einer ruhigen verständigen Entwicklung sei man, wie die lezt verfloffenen 30 bis 40 Jahre bewiesen, sehr gut gefahren. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Entschädigungen bedeutend höher ausfielen, wenn man zwangsweise vorgehe, à la Hausmann erlange man in kurzer Zeit zwar glänzende Resultate, aber sie seien auch sehr kostspielig. Die Versammlung schloß sich der Magistratsansicht — mit alleiniger Ausnahme des Dr. Wolff — einstimmig an. Am 22. Januar hat ein neuer Licitationstermin zur Vermietung von 7 Läden im städtischen Budenhaus stattgefunden. Das Resultat der abgegebenen Gebote ist nun insofern günstig gewesen, als eine Mehreinnahme von 580 Thlr. 6 Sgr. pro anno für sämtliche Läden erzielt ist und wird der Zuschlag pro 1. April 1869—72 erteilt. — Zur Herstellung eines etwa 5 Ruthen langen Pflasters von runden Steinen auf dem von der Remise Straße nach den Hölzbergen führenden Wege wurden 133 Thlr. bewilligt. — Es wurden gewählt als Mitglied der 1. Armen-Kommission

der Lederhändler Blackstadt, der 3. Kommission der Maurermeister Günther und der 16. Kommission der Färbermeister Bormann. — In Folge der neuen Organisation der Verwaltung des Freischulwesens, ist eine Verstärkung der „Schul-Kommissionen“ nothwendig geworden und wurden die betreffenden Vorschläge durchweg genehmigt. — Herr Benedendorf in Freienwalde a. O. hat für das Gut Gabelow ein freihändiges Gebot von 45,000 Thlr. abgegeben. Der Magistrat empfiehlt indessen, das Ergebnis des öffentlichen Verkaufstermins abzuwarten, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt. — Mehrere Bewohner von Torney haben um Fortführung der Wasserleitung dorthin beim Magistrat petitionirt und ist durch die von der Wasserleitungsdeputation angestellten Ermittlungen festgestellt, daß 9 Besitzer geneigt sind, ihre Häuser mit Wasser zu versorgen. Dadurch würde (inkl. für das Schulhaus) eine jährliche Einnahme von 496 Thlr. 28 Sgr. erzielt werden, wogegen die Anlage der Leitung 8000 Thlr. kostet. Der Magistrat erbittet die Bewilligung dieser Summe und befragt die Herren Aron, Gräber, Haker, Marquardt und Dr. Most dieselbe aus sanitätlichen sowie sonstigen allgemeinen Rücksichten. Einziger Gegner der Vorlage ist Herr W. Dreyer, welcher die vorgebrachten Nützlichkeitgründe, sowie die Rentabilität der Anlage, nicht anerkennen vermag. Bei der Abstimmung sprach sich die Versammlung indessen, mit alleiniger Ausnahme des Herrn Dreyer, für die Bewilligung der geforderten Anlagekosten aus. — Ebenso bewilligte dieselbe dem Zimmermeister Richter und dem Holzhändler Lange die erbetene Stundung der 70 Thlr. 21 Sgr. betragenden Zinsen pro III. und IV. Quartal 1868 von den auf ihren Grundstücken (Parzellen von Petrihof) für die Stadt eingetragenen Kaufgebern bis 1. Juli d. J.; ferner die Ertheilung des Zuschlages hinsichtlich des für das Grundstück Schwarzer Gang Nummer 2 abgegebenen Meistgebotes von 1730 Thlr., da eine von diesem Grundstück aufgenommene zweite Taxe den Werth desselben nur auf 1600 Thlr. festgestellt hat. — Bekanntlich ist die freihändige Ueberlassung des Baufundus an der Dülse des Victoriaplazes für ein neues Rathhaus von der Vorlegung eines Bauplanes abhängig gemacht. Der Magistrat hat nunmehr der Versammlung zwei derartige Entwürfe mit dem gleichzeitigen Antrage vorgelegt: von der früher beschlossenen Ausschreibung einer Konkurrenz zur Einreichung von Zeichnungen einer entsprechenden Fassade abzusehen. Dieser Antrag rief eine längere Debatte hervor, in welcher die Sache von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchtet wurde. Diefelbe hatte indessen kein entscheidendes Resultat, da die Versammlung schließlich einen Antrag des Herrn Tiesien annahm, die Beschlußfassung wegen ungenügender Information bis zur nächsten Sitzung zu vertagen und die Baupläne inzwischen im Sitzungssaale zur Einsicht aller sich dafür Interessirenden auszuliegen. — Dem Ansuchen des Comité's für Herstellung einer direkten Dampfschiffs-Verbindung zwischen Stettin und New-York, ihm zu den Kosten der Vorarbeiten aus Kommunalmitteln einen Beitrag von 1000 Thlr. zu bewilligen, will der Magistrat unter der Bedingung Folge geben, daß die Stadt, wenn das Unternehmen zu Stande kommt, auf Höhe jener Summe Aktien oder andere zinstragende Papiere erhalte. Die Finanzkommission erachtet eine derartige Unterstützung für eine rein kaufmännische Spekulation nicht angemessen und beschließt die Versammlung einstimmig ohne Debatte die Ablehnung des geforderten Beitrages. — Ein Gesuch mehrerer Bewohner von Grünhof wegen Anstellung eines Schornsteinfegermeisters daselbst hatte die Versammlung bekanntlich veranlaßt, das Gesuch dem Magistrat zur Aeußerung mit der gleichzeitigen Bitte zu überweisen, ihr eine Vorlage wegen Reorganisation des Schornsteinfegerwesens im Sinne der freien Konkurrenz zu machen. Letzteres ist vom Magistrat abgelehnt und gleichzeitig durch Korrespondenz mit der Polizei-Direktion festgestellt, daß auch ein Bedürfnis zur Vermehrung der hiesigen Schornsteinfeger nicht vorliege. Demgemäß empfiehlt der Referent, Herr Rechtsanwalt Leistikow, im Hinblick auf die gesetzlichen Bestimmungen, nach welchen die Einrichtung von Kehrbezirken, Berufung von Schornsteinfegern für dieselben u. dgl. lediglich Sache der Regierung ist, den Gegenstand auf sich beruhen zu lassen. Herr Dr. Wolff widerspricht dem Antrage und will den Magistrat um nochmalige Erwägung der Sache ersucht wissen. Darauf giebt Herr Bürgermeister Sternberg einen längeren historischen Ueberblick über die Entwicklung des hiesigen Schornsteinfegerwesens und rechtfertigt den vom Magistrat zu den vorliegenden Anträgen eingenommenen Standpunkt. Nach längerer Debatte nahm die Versammlung nach dem wiederholten Antrage des Referenten die Sache als erledigt an. — Dem Kaufmann W. Boas wurde für die beschriebene Beseitigung des vor seinem Hause bestehende Entschädigung von 75 Thlr. bewilligt. — Die in der letzten Sitzung niedergelegte Kommission zur Prüfung des Ministerial-Erlasses in Betreff des Verfahrens bei der Wahl von Magistratsmitgliedern hat gegen den Inhalt jenes den städtischen Behörden zur Nachachtung mitgetheilten Erlasses im Allgemeinen nichts zu erinnern gefunden. Nach ihrem Antrage wurde beschlossen, künftighin besondere Bestallungs-Urkunden für die Gewählten nicht mehr auszufertigen.

In nächstfolgender Sitzung wurde die Debatte über die bevorstehende Neuwahl von 6 unbesoldeten Stadträthen fortgesetzt. Nachdem der Vorsteher mitgetheilt hatte, daß von den in voriger Sitzung vorge-

schlagenen Kandidaten die Herren Greffrath und Calebow ihre etwaige Wahl entschieden abgelehnt hätten, erfolgten zahlreiche neue Vorschläge. In der schließlich stattfindenden Abstimmung wurden 36 Zettel abgegeben; es erhielten Stadtrath Karow 36, Stadtrath Warjow 36, Rentier Flesing (früher Apotheker und Stadtverordnetenvorsteher in Stargard) 36, Stadtrath Eichel 20, Dr. Dohrn jr. 17, Stadtverordneter Rind 11, Kaufmann W. Meister 10, Stadtrath Radloff 8 St. Die übrigen Stimmen zerplitterten sich.

Von dem See-Bataillon in Kiel ist unter der Führung eines Offiziers ein Detachement dauernd nach Stralsund verlegt worden.

Dem Stabs- und Marine-Arzt 2. Klasse, Dr. Wegner, ist der königl. Kronen-Orden 4. Klasse verliehen worden.

Des Königs Majestät haben zu genehmigen geruht, daß der im Jahre 1863 herausgegebene und dem Wacht-Inventarium aller Garnisonen einverleibte Schlachten-Kalender für das preussische Heer mit einem Nachtrage versehen werde, welcher die kriegerischen Aktionen der Feldzüge 1864 und 1866 nachweist.

Nach der Bundespräsidial-Anordnung vom 22. Dezember v. J. werden die mit Pension zur Disposition gestellten Offiziere, welche früher nach der bestehenden Städteordnung von 1853 in Bezug auf die Kommunal-Besteuerung dem aktiven Militärstande gleichgestellt und somit von der Besteuerung völlig frei waren, fortan von ihrem Privat-Einkommen zur Kommunalsteuer herangezogen werden, während ihre sonstigen dienstlichen Bezüge nach wie vor steuerfrei bleiben.

Einer auswärtigen Handelsfrau wurden heute Vormittag am Wohlwerk unbemerkt 31 Thlr. aus der Tasche gestohlen. Der Verlust trifft die Bestohlene um so härter, als wie sie angeblich das Geld zur Bezahlung von Pacht mühsam zusammengeparnt hat und nun außer Stande ist, diese Zahlung zu leisten.

Da bei verschiedenen Kontrol-Versammlungen wiederholt der Fall vorgekommen ist, daß Reserve- und Landwehrmannschaften ihre Fehlen damit entschuldigt haben, daß ihnen der Tag der Kontrol-Versammlungen nicht bekannt gemacht worden wäre, so sollen, wo es erforderlich ist, die Landwehrbezirks-Kommandos darauf hinweisen, daß nach der am 5. Septbr. 1867 organischen Verordnung über die Organisation der Landwehr-Behörden die Kontrol-Versammlungen der Reserven stets in der Zeit vom 1. März bis 15. April, die der Reserven und Landwehr in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November stattfinden. Es ist daher die Pflicht der Mannschaften des Beurlaubtenstandes, sich aus den ortsüblichen Bekanntmachungen über Ort, Tag und Stunde der Kontrol-Versammlungen Kenntniß zu verschaffen, da Entschuldigungen, daß die Kontrolzeit nicht zur Kenntniß der Betreffenden gekommen, ohne Weiteres abgelehnt, vielmehr die festgesetzten Strafen verfügt werden sollen.

? Von der Insel Rügen, 8. Februar. Es wird in weiteren Kreisen bekannt sein, daß in Neuvorpommern und besonders auf Rügen viele werthvolle Alterthümer aus der sogenannten Steinzeit gefunden werden und zu bedeutenden Sammlungen vereinigt sind. Sehwürth ist die Sammlung an Streitärtzen, Dpfermessern, Hohlmeißeln, Kanzen- und Pfeilspitzen u. dgl. aus Stein gearbeiteten Gegenständen im Stralsunder Museum. Auch im Besitze mehrerer Privatleute befinden sich reiche Sammlungen, worunter manche Gegenstände von großem Werthe sind. Bekannt wird aus früheren Jahren vielen Reisenden die Sammlung des Gastwirths Scheppler zu Sagard sein. Leider sind die gesammelten Alterthümer schon in einzelnen Fällen zum Gegenstande der Spekulation gemacht, daß manche schöne Sachen oft in größerer Menge angelauft und dann in andere Hände und Gegenden durch Verkauf gelangt sind. In neuerer Zeit ist das Interesse für Sammlung der Alterthümer aus der Steinzeit mehr und mehr verbreitet und manches Stück, das in früheren Jahren vielleicht in seinem Werthe nicht beachtet oder aus Unkenntniß verworfen wurde, gelangt jetzt direkt oder auf Umwegen in die Hände solcher Leute, die für sorgfältige Aufbewahrung Sinn und Sachkenntniß haben. So befindet sich außer den gesammelten Alterthümern im Jagdschloß des Fürsten zu Putbus auch eine Sammlung im Besitze des Regierungs-Präsidenten Grafen v. Kraffow zu Pansewitz, eine andere sehenswerthe im Besitze des Pastors Kuhse zu Vagitz und manche andere in anderen Händen auf Rügen. Man macht zuweilen gelegentlich einen guten Fund in Mergelgruben, Torfgruben, beim Aufwerfen von Gräben, bei Legung der Drainröhren, ja oft beim Pflügen auf den Feldern, zuweilen an Orten, wo man es nicht erwarten sollte. So ist im vergangenen Sommer im Tiefmoor der Pfarre zu Singst ein Fund gemacht, der nach dem Urtheil von Sachverständigen werthvoll ist. Bei dem Herausbaggern des Torfes ist ein Thongefäß in Gestalt einer Urne fast unverletzt zu Tage gefördert, neben einzelnen Scherben von Schüsseln, und Sachkenner schreiben diesen Gegenständen ein bedeutendes Alter zu, daß sie aus der Zeit der sogenannten Pfahlbauten herrühren. Auf Nachfragen behaupteten die Arbeiter, mehrfach auf Pfähle gestoßen zu sein und Stücke derselben herausgeholt zu haben. Für den diesjährigen Frühling wird eine genauere Untersuchung des Torfmoores beabsichtigt, über deren Ausfall später Mittheilung gemacht werden soll.

Colberg, 8. Februar. (Pomm. Ztg.) Der Konrektor an unserer Realschule, Dr. Fischer, welcher im vorigen Jahre zum Rektor der Realschule in Lauenburg i. P. gewählt, von der königlichen Regierung in

Cöslin jedoch nicht bestätigt wurde, hat, wie wir hören, einen Ruf nach Bernburg (Anhalt) als Rektor der dortigen höheren Bürgerschule, die in eine Realschule nach preussischem Muster umgewandelt werden soll, erhalten. In Colberg würde sein Abgang allgemein bedauert werden. Den Vorsitz des hiesigen Turnvereins hat Herr Dr. Fischer sofort nach seiner Berufung niedergelegt.

Bermischtes. — Ganz Paris beschäftigt sich mit einem Vorfall, der nahezu auf dem letzten Opernballe ein schreckliches Drama herbeigeführt hätte und wahrseheinlicher Weise Veranlassung zu einer Cause célèbre bieten wird. Am Sonnabend Vormittag erschien nämlich eine junge, der Demi-monde angehörige Dame bei einem Polizeikommissair und gab nachstehende Erklärung ab: Ein polnischer Graf habe sie besucht und ihr 20,000 Fr. geboten, wenn sie es auf dem Opernballe dahin brächte, daß ein Herr, den man ihr bezeichnen werde, vergiftete Bonbons von ihr annähme. Die Bonbons würden sich in einer Enveloppe von Boissie befinden. Die Dame gab sich den Anschein, auf den Plan einzugehen, um die Polizei von dem verbrecherischen Vorhaben in Kenntniß setzen zu können. Am Abende des Balles verhaftete man vor ihrer Wohnung den polnischen Grafen in einem Fiaher und fand in der That eine Dose von Boissie, sowie eine andere voller Bonbons bei ihm, die man für vergiftet hält. Ein Student der Medizin, ebenfalls Pole, soll die Bonbons präparirt haben. Die Persönlichkeit, welche man vergiften wollte, war der Herzog von Beaufremont. Der polnische Graf, welcher durchaus keinen guten Ruf genießt, ist der Geliebte der Herzogin von Beaufremont, die von ihrem Manne getrennt lebt; er sowohl wie der Student befinden sich in Mazas und sind bereits verhört und konfrontirt worden.

Börsen-Berichte. **Stettin, 10. Februar.** Witterung: Regen. Wind NW. Temperatur + 8° R. Weizen fest, pr. 2125 Pfd. loco ungar. 59—65½, unter 67—69 R., weißer 69—72 R., gelber insänd. 68—70½ R., 83—85 Pfd. Frühl. 70, 69½ R. bez., 70 R. u. Gd., Mai-Juni 70, 70½ R. bez., u. Gd. Roggen behauptet, per 2000 Pfd. loco 51 bis 52 R., per Febr. 52 R. nom., Frühl. 51, 51½ R. bez., u. Gd., Mai-Juni 51½ R. bez., u. Gd., 51½ R., Juni-Juli 52½ R. bez., u. Gd., 52 R. bez., u. Gd. Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 41—46 R., Hafer loco pr. 1300 Pfd. 33½—34½ R., 47 bis 50 Pfd. Frühl. 34½ R. bez., u. Gd., Mai-Juni 35 R. Erbsen still, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 55—56 R., Koch- 56½—57½ R. Frühl. Futter- 56½ R. bez., 56 Gd. Mais loco 2 R. 3 Jhr. pr. 100 Pfd. Weizen alte 51 R., neue 54—58 R. Rüböl unverändert, loco 9½ R. bez., Februar-März 9½ R., ¼ R. bez., u. Br., April-Mai 9½ R., September-Oktober 10 R. Spiritus etwas fester, loco ohne Faß 14½ R. bez., kurze Lieferung 14½ R. bez., Febr.-März 14½ R. bez., Frühl. 15½ R. bez., u. Gd., Mai-Juni 15½ R. bez., Juni-Juli 15½ R. bez., u. Gd., 15½ R. bez., u. Gd. Angemeldet: 10,000 Ort. Spiritus, 100 Centner Rüböl. Regulirungs-Preise: Weizen 70, Roggen 52, Rüböl 9½, Spiritus 14½. **Landmarkt.** Weizen 66—73 R., Roggen 52—56 R., Gerste 45—50 R., Hafer 33—36 R., Erbsen 55—58 R., Febr. 15—20 R. pr. Ctr., Stroh 8—10 R.

Stettin, den 10. Februar.			
Hamburg	6 Tag.	151½ bz	
Amsterdam	2 Mt.	150½ B	
London	8 Tag.	142½ G	
Paris	2 Mt.		
Bremen	10 Tag.	6 25 oz	
St. Petersburg	3 Mt.	6 23½ B	
Wien	10 Tag.	81½ B	
Prag	2 Mt.	81½ B	
St. Petersburg	3 Mt.		
St. Petersburg	3 Wch.		
Wien	8 Tag.		
Prag	2 Mt.		
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	
Sta.-Anl. 5457	4½		
	5		
St.-Schldsch.	3½		
P. Präm.-Anl.	3½		
Pomm. Pfdb.	3½		
	4		
Rentonb.	4		
Ritt. P. P. B. A.	4		
Berl.-St. E. A.	4		
Prior.	4		
Starg.-P. E. A.	4½		
Prior.	4		
St. Stadt-O.	4½	92½ B	
St. Börsenhaus-O.	4		
St. Schaaspielh.-O.	5	100 B	
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B	
Greifenhag.-Kreis-O.	5		
Pr. National-V. A.	4	115 B	
Pr. Soc.-Assicuranz	4	102 G	
Pomerania	4	120 B	
Union	4	111 B	
St. Speicher-A.	5		
Ver.-Speicher-A.	5		
Pom. Prov.-Zuckers.	5		
N. St. Zuckersied.	4	160 B	
Mosch. Zuckersied.	4		
Brodower	4		
Walzmühle	5		
St. Portl.-Cementf.	4		
St. Dampfschlepp G.	5		
St. Dampfschiff-V.	5		
Neue Dampfer-C.	4	97 B	
Germania	4	102½ B	
Valka	4	145 B	
St. Dampfmühle	4	108 B	
Pommernsd. Ch. F.	4	205 B	
Chem. Fabrik-Ant.	4		
St. Kraftdinger-F.	4		
Gesinn. Bauges.	5	100 B	
Grabow Stadt-Obl.	5		